



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Mai 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 4 Motion Estermann Rahel und Mit. über ein Fördermodell für Medienangebote im Onlinebereich / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Staatskanzlei

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Rahel Estermann hält an ihrer Motion fest.

Rahel Estermann: In der Januar-Session war diese Motion in einem Paket zusammen mit der Motion M 3 traktandiert, welche einen Planungsbericht zur kantonalen Medienförderung forderte. Ich habe die Motion M 3 kurz vor der Januar-Session zurückgezogen. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme zur Motion M 3 anerkannt, dass es in den letzten Jahren in der Luzerner Medienlandschaft einen Qualitätsverlust gab, der für unsere Demokratie relevant ist. Die Regierung hat festgestellt, dass kantonale politische Themen nur noch ausnahmsweise kompetent eingeordnet, mit der nötigen Sorgfalt und Tiefe kontrovers behandelt und kommentiert werden. Das gibt einem mächtig zu denken. Verschiedene andere Kantone stehen vor demselben Problem und unternehmen jetzt etwas dagegen. Ich verstehe nicht, wieso der Kanton Luzern passiv bleiben will. Man beruft sich darauf, eigene Informationen einfach zugänglich zu machen. Das ist schön und gut, aber was wir brauchen sind Journalistinnen und Journalisten, die diese kritisch hinterfragen und einordnen. Wieso habe ich die Motion M 3 zurückgezogen? Seit Anfang Jahr stehe ich im Kontakt mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen aus der CVP- und der SP-Fraktion des Parlaments. Wir wollen konkrete indirekte Massnahmen zur Medienförderung ausarbeiten. Wir können eine Stärkung des Medienplatzes Luzern und der Demokratie erreichen. Eine Ablehnung der Motion zu diesem Zeitpunkt wäre kontraproduktiv gewesen. Zudem verändert sich die Situation derzeit sehr schnell, einerseits durch die Corona-Pandemie, welche die meisten Medien finanziell in Bedrängnis gebracht hat. Die Krise hat schonungslos offengelegt, dass zwar das Informationsbedürfnis gross ist, aber das klassische Print-Geschäftsmodell nicht die Zukunft des qualitativ guten Journalismus ist. Immer mehr Werbegelder brechen weg. Andererseits diskutiert das nationale Parlament in den nächsten Monaten ein längerfristiges Medienförderungspaket. Mit konkreten Ideen können wir auf Kantonsebene besser nachjustieren und reagieren als mit dem schwerfälligen Instrument des Planungsberichtes. Im Sinn einer gemeinsamen Kompromissfindung habe ich die Motion M 3 zurückgezogen. Weshalb braucht es die Motion M 4 trotzdem? Wir wissen inzwischen, dass das Medienförderungspaket des Bundes auch Online-Medien mit 30 Millionen Franken berücksichtigen will. Das ist ein wichtiges Signal; wir werden sehen, was das Parlament aus dieser Vorlage macht. Aber am Schluss werden unsere lokalen Angebote nur einige Krümel erhalten. Ich erwarte von unserem Kanton, dass er sich selber für seine demokratisch relevante Öffentlichkeit einsetzt. Gemäss Artikel 93 der Bundesverfassung teilen Bund und Kantone die Kompetenz zur Förderung der Online-Medien. Der Online-Bereich ist deshalb so wichtig, weil wir alle uns inzwischen online

informieren, insbesondere jüngere Menschen. Die Frage muss deshalb sein: Wie können wir für junge Luzernerinnen und Luzerner ein attraktives, qualitativ gutes Angebot schaffen? Facebook wird uns nicht retten, indem es die lokalen Qualitätsmedien plötzlich im persönlichen Feed pusht. Es braucht tiefe Zugangsschwellen jenseits der Gratiskultur, und es braucht neue Online-Formate. Vor allem auf der Landschaft gibt es online wenige regionale Informationsangebote. Der Kanton soll mit einer Förderung aktiv werden und die Luzerner Medien beim Wechsel auf den Online-Kanal unterstützen. Ich sehe kein Problem darin, wenn es in jedem Kanton spezifische Massnahmen gibt. Die lokalen Medienplätze sind unterschiedlich, und die kantonalen Massnahmen ergänzen diejenigen des Bundes, welche über den Sommer geklärt werden und die man bei der Erarbeitung des Fördermodells berücksichtigen kann. Die G/JG-Fraktion bittet Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Daniel Keller: Die Motion spricht aktuelle Probleme im Medienmarkt an, hat aber die nötige Flughöhe verpasst. Auf Bundesebene werden derzeit solche Anliegen geprüft. Es braucht allenfalls überregionale Lösungen, kantonale Einzellösungen erscheinen der SVP-Fraktion nicht sinnvoll. Der Strukturwandel in den Medien ist in vollem Gange. Primär sehen wir es als Aufgabe der Medienunternehmen, sich den veränderten Marktbedingungen zu stellen. Zudem besteht auch die Gefahr, dass bei einer einseitigen kantonalen Medienförderung die Unabhängigkeit der Medien auf so kleinem Raum gefährdet ist. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion aus diesen Gründen ab.

Sibylle Boos-Braun: Es ist unbestritten, dass die Online-Medien bei der Verbreitung politischer Informationen eine wichtige Rolle spielen. Die Bevölkerung informiert sich immer mehr über solche Kanäle, und die demokratiepolitische Bedeutung nimmt entsprechend zu. Gleichzeitig ist man nicht bereit, für die digitalen Informationen zu bezahlen. Der Zeitpunkt für Aktivitäten auf kantonaler Ebene ist falsch. Der Bundesrat hat im April die Botschaft zu einem Massnahmenpaket für die Förderung der Medien verabschiedet. Dieses enthält auch finanzielle Mittel in der Höhe von 30 Millionen Franken pro Jahr für die Unterstützung von Online-Medien, zusätzlich soll ein Mediengesetz geschaffen werden. Die Beratung des Massnahmenpakets durch das Parlament ist bereits für diesen Sommer geplant. Wir sollten abwarten, was auf Bundesebene konkret zur Förderung der Online-Medien gemacht wird, und dann entscheiden, was auf kantonaler Ebene allenfalls an subsidiären Massnahmen nötig und sinnvoll ist. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Daniel Rüttimann: Die Motion ist in der jetzigen Situation unpassend. Der CVP ist eine neutrale, fundierte und breit abgestützte Berichterstattung sehr wichtig. Sie ist ein zentrales Element einer funktionierenden Demokratie. Durch Corona ist die Medienbranche in Bedrängnis geraten und benötigt Nothilfe. Dies hat man in Bern bemerkt und hat das Mediengesetz priorisiert behandelt. Nothilfe erhalten die Medien aktuell vom Bund, doch ob diese genügt und nachhaltig wirkt, ist offen. Neben den Notmassnahmen des Bundes empfiehlt es sich, Beschlüsse im Rahmen des Massnahmenpakets auf Bundesebene inklusive der vom Bundesrat vorgeschlagenen Förderung der Online-Medien auf nationaler Ebene jetzt aber zuerst einmal abzuwarten. Der neuen Dynamik auf Bundesebene muss zuerst Raum gegeben werden, bevor auf Kantonsebene oder allenfalls auf Zentralschweizer Ebene neue Fördermassnahmen ausgearbeitet werden können. Die vorliegende Motion lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab. Wir möchten aber betonen, dass die bereits gestartete überparteiliche Zusammenarbeit auf der Suche nach zielführenden und effizienten Massnahmen der CVP wichtig ist. Wir möchten diese auch weiterführen. Das Thema ist sehr wichtig, es ist aber auch komplex, gute politische Lösungen zu finden. Sobald national die Konturen, aber auch die Lücken der Massnahmen bekannt sind, unterstützen wir eine passgenaue Förderung des Medienangebots im Online-Bereich. Aus diesen Gründen und im Hinblick auf eine tragfähige Lösung mit Weitblick lehnt die CVP-Fraktion die Motion heute ab.

Simone Brunner: «Bitte sagen Sie mir, was ich Ihnen für Fragen stellen soll. Ich kenne den Sachverhalt nicht. Ich bin vor 30 Minuten informiert worden, dass ich mit Ihnen ein Interview führen soll.» Dies war eine Aussage eines Luzerner Journalisten zu einem SP-Kollegen des Grossen Stadtrates. Sie können sich bestimmt vorstellen, von welcher

analytischen Tiefe und welcher Qualität der Bericht war, sowohl digital als auch in der Print-Version. Aber die mangelnde Qualität des Berichts ist weniger die Schuld des Journalisten, sondern viel mehr diejenige der strukturellen und finanziellen Herausforderungen, in denen sich die Medienlandschaft der Schweiz befindet. Diese verschärfen sich aufgrund der wegfallenden Werbemassnahmen noch, und viele Journalistinnen und Journalisten müssen Kurzarbeit leisten. Gerade der digitale Kanal verfügt aber über ein enormes Potenzial, ein junges Publikum zu erreichen, das Interesse an regionalen Themen haben sollte. Es ist mir und der SP-Fraktion ein grosses Anliegen, die Medienlandschaft im Kanton Luzern wieder breiter und kritischer aufzustellen, sodass wieder fundierte Analysen zum politischen Tagesgeschehen in den Gemeinden, der Stadt und im Kanton möglich sind. In der Hoffnung, dass der in der Einleitung zitierte Journalist zukünftig genügend Zeit hat, sich auf Interviewfragen vorzubereiten, und dass man zukünftig auf einen bunten Strauss von kritischen und inhaltlich fundierten Medienangeboten zurückgreifen kann, empfiehlt die SP-Fraktion, die Motion erheblich zu erklären.

Jonas Heeb: Ich möchte gerne die Perspektive eines jungen, interessierten Menschen einbringen. Mir ist es sehr wichtig, dass ich mich adäquat informieren kann, und die meisten Informationen zum lokalen, aber auch zum weltpolitischen Geschehen beschaffe ich mir online. Eine gedruckte Zeitung habe ich gelegentlich in der Hand, weil ich noch bei meinen Eltern wohne, was aber auf viele Menschen in meiner Altersgruppe nicht zutrifft. Der Anteil der News-Deprivierten, also der Personen, welche keine journalistischen Angebote nutzen, ist gerade bei den Jungen extrem gestiegen. 2019 haben 56 Prozent der 16- bis 29-Jährigen in der Schweiz zur Gruppe der News-Deprivierten gehört. Dies hat damit zu tun, dass Online-Informationsangebote meist unattraktiv oder gar nicht zugänglich sind. Dies hat sich mit der Corona-Situation etwas geändert, denn einige Medien stellen online mehr zur Verfügung, was aber wohl nicht dauerhaft ist. Vor allem kleine, lokale und regionale Medien haben im Online-Bereich nur ein minimales Angebot. Diese Entwicklung ist sehr bedenklich, da unsere kantonale und kommunale Demokratie unter anderem darauf beruht, dass die Bevölkerung sich adäquat über das politische Geschehen informieren kann. Das bestehende und auch genutzte Angebot beispielsweise von SRF, «watson» oder «20Minuten» deckt das regionale Geschehen nur sehr punktuell ab. Ein Fördermodell, wie von Rahel Estermann gefordert, könnte diese Lücke schliessen. Gerade wenn man junge Menschen erreichen möchte, welche oft als politisch uninteressiert abgestempelt werden, braucht es innovative Ideen und ein unabhängiges Gremium, welches diese fördert und so die Verschiebung in den Online-Bereich unterstützt. Mit der Erheblicherklärung der Motion beleben Sie die Medienlandschaft gerade für junge Menschen, und Sie unterstützen damit auf lange Sicht einen vielfältigeren öffentlichen Diskurs. Die Demokratie wird es Ihnen danken.

Simon Howald: Die Medienlandschaft verändert sich seit Jahren intensiv und wird auch weiterhin einem fortwährenden Wandel unterworfen sein. Bisherige, traditionelle Formen verschwinden, neue, innovative Formen entstehen. Treiber sind aus Sicht der GLP unter anderem der gesellschaftliche Wandel – zum Beispiel im Bereich der Zahlungsbereitschaft für aufbereitete Informationen –, der technologische Fortschritt, die Verlagerung vom Papier zum Internet und der Rückgang auf der Einnahmenseite der Medienhäuser, zum Beispiel bei den Inseraten. Ein verkrampftes Festhalten am Bisherigen ist aus unserer Sicht weder sinnvoll noch zielführend. Ausserdem hat der Bundesrat beschlossen, die Medien mit einem Massnahmenpaket zu unterstützen, um die Rahmenbedingungen für die Medien zu verbessern und ein vielfältiges Angebot in den Regionen zu fördern. An seiner Sitzung vom 29. April 2020 hat er die Botschaft an das Parlament verabschiedet. Neben einem Ausbau indirekter Presseförderung mit der Ausweitung auf alle abonnierten Tages- und Wochenzeitungen sieht der Bundesrat eine Unterstützung von Online-Medien vor sowie allgemeine Massnahmen zugunsten der elektronischen Medien. Auf kantonaler Ebene erkennt die GLP jedoch keinen Bedarf, von staatlicher Seite in den Wandel der Medienlandschaft einzugreifen. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion deshalb ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Unabhängige Medien sind für unser demokratisches System von grosser

Bedeutung, darin sind wir uns alle einig. Ich danke bei dieser Gelegenheit den Medien und den Journalistinnen und Journalisten, die gerade auch in der aktuellen Corona-Krise eine wichtige Aufgabe erfüllt haben und weiterhin erfüllen. Dies tun sie auch am heutigen Sessionstag. Wirtschaftlich ist die Medienlandschaft in einer sehr schwierigen Situation, welche durch Corona noch verschlimmert wurde. Wir sehen die grossen Herausforderungen für diese Unternehmen. Die Luzerner Regierung vertritt aber klar die Haltung, dass hier der Bund im Lead ist. Ich teile die Bedenken einiger Rednerinnen und Redner, die sich Sorgen machen um die Branche und die Qualität der Berichterstattung, weil die Journalisten eben nicht genügend Zeit für gute Recherchen haben. Heute hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerates für das Massnahmenpaket des Bundes zugunsten der Medien mit 11 zu 2 Stimmen Eintreten beschlossen – ein klares Signal. Die ständerätliche Kommission ist jetzt bereits an der Detailberatung dieser Vorlage, sie wird also bald ins Parlament kommen. Zudem wurden wegen Corona als Sofortmassnahme kurzfristig 75 Millionen Franken für die Medien zur Verfügung gestellt. Wir begrüssen diese Entwicklung, und vor allem auch, dass der Bund das Medienförderungsgesetz priorisiert. Es braucht eine Bundeslösung, keine Luzerner Lösung. Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Der Rat lehnt die Motion ab.